

TEXT DER PIRATENFRAKTION FÜR DEN BEZIRKSELTERNAUSSCHUSS STEGLITZ-ZEHLENDORF VOM NOVEMBER 2015, überarbeitet mit Stand MAI 2016

Gute Bildung kostet! Keine kaputten Schulen mehr für Berlin!

Der seit Jahrzehnten gewachsene Sanierungsstau an Berliner Schulen ist eine einzige bildungs- und haushaltspolitische Katastrophe. Jegliche Versuche aller Oppositionsfraktionen, insb. der Piratenfraktion, den Themenkomplex im Parlament anzugehen, sind von 2011 bis Januar 2016 an der Blockadehaltung der Koalitionsfraktionen und des Senats gescheitert. Seitdem ist das Thema auch nicht mehr im Bildungsausschuss besprochen worden. Anträge der Oppositionsfraktionen werden nicht behandelt, mit dem Verweis, der Senat sei mit der AG Schulsanierung, die zurzeit den Sanierungsstau prüft, bereits am Thema dran. Bis zur Vorlage des Berichts befindet sich die Politik somit in einer Sackgasse.

In den letzten Haushaltsberatungen wurde erreicht, dass Schulen mehr Gelder als bisher erhalten, um kleine Instandhaltungsarbeiten zu verrichten. Beim „Verfügungsfonds“ handelt es sich um eine neue Idee des Senats, Gelder aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm und aus den Mitteln der Personalkostenbudgetierung herauszunehmen, sodass jede Schule 20.000 Euro zur freien Verfügung erhält. Bisher waren es 7.000 Euro. Pro Jahr. Die Schule muss die 20.000 Euro aber nicht für Sanierungsarbeiten ausgeben. Sie kann sich auch dafür entscheiden, für weitere Zwecke die Mittel zu verwenden. Durch nicht mehr Geld, sondern durch bloße Umschichtung von Mitteln, stehen Schulen zukünftig unter dem Zugzwang sich entscheiden zu müssen, im Zweifel fehlen am Ende am Mittel aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm, die vorher zur Verfügung gestanden hätten.

Insofern die Schule doch darauf setzen sollte, die 20.000 Euro für Baumaßnahmen auszugeben möchte, sieht es mit der Umsetzung schwierig aus. Dafür braucht die Schule die Bauämter der Bezirke. Diese sind aber unterfinanziert und personell unterbesetzt. Die Möglichkeiten, im Bildungsausschuss über die finanzielle und personelle Situation der Schul- und Bauämter in den Bezirken zu verhandeln sind begrenzt, häufig fühlt der Senat sich gar nicht zuständig. Die einzige Information, die nach Jahren der Debatte bisher aus dem Senat durchsickerte, besteht zurzeit lediglich darin, dass der Senat eine AG „Statuserhebung“ gebildet haben soll. Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft bestehe darin, den tatsächlichen Sanierungsstau jeder Schule in jedem Bezirk zu ermitteln und Vorschläge zum Abbau des Sanierungsstaus vorzulegen, aber erst Mitte 2016.

Es war die Piratenfraktion, die das finanzielle Ausmaß des Sanierungsstaus an Berliner Schulen bereits im September letzten Jahres mit einer Schriftlichen Anfrage aufgedeckt hat: Insgesamt 2 Milliarden Euro beträgt der Gesamtbedarf zum notwendigen „baulichen Unterhalt“ und zu erforderlichen „Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen“. Den zuständigen Bezirken stehen dafür

insgesamt 64 Millionen Euro pro Jahr aus dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm zu, ab 2016, wie gesagt, nur 59 Millionen Euro. Hinzu kommen jährlich 12 Millionen Euro zur Sanierung von Toiletten und 108 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur Wachsende Stadt (SIWA). Wann und wie diese Mittel aber bei den Schulen ankommen bleibt aber weiterhin ein Geheimnis. Die Piratenfraktion hatte in den SIWA-Verhandlungen 168 Mio Euro mehr gefordert, ohne Erfolg. Die Koalition will lieber mit 6ß Million Euro Spaßbäder am Rand der Stadt bauen.

Neben Sanierungen sind Erweiterungen oder Neubauten von Schulbauten notwendig, um den steigenden Bedarf an Schulplätzen in der wachsenden Stadt zu decken. Nach einer Prognose des Senats zur Entwicklung der Schülerzahlen werden im Jahr 2022 468.000 Schülerinnen und Schüler in die Berliner Schulen gehen. Derzeit sind es ca. 422.000. Tatsächlich wird es aber keine Erweiterung mit dem von Frau Scheeres geführten SPD-Senat geben. Der Senat kündigt in seinem Schulentwicklungsplan an, statt auf Erweiterungen von Schulbauten bis 2018 auf Modulbauten zu setzen. Ich habe bereits in meiner Pressemitteilung vom 12.05.2015 darauf hingewiesen, dass die Abspeisung der Schülerinnen und Schüler mit vermeintlichen Provisorien eine pädagogische Kleingeistigkeit ist, die den besonderen Bedarfen, z.B. der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Willkommensklassen, nicht gerecht werden. Dass es sich bei den Modulbauten um Provisorien handelt, darf mit Blick auf die Clay-Schule in Neukölln bezweifelt werden. Dort stehen bereits seit 25 Jahren Modulbauten.

Die inklusiven Bau- und Sanierungsbedarfe im Sinne des Artikels 24 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dürfen nicht vergessen werden. Jüngst stellten sowohl der Haupt- als auch der Bildungsausschuss im Abgeordnetenhaus mit Erschrecken fest, dass vier Jahre nach der Ratifizierung der UN-BRK 338 (von 619) Berliner Schulen noch nicht einmal rollstuhlgerecht sind. Berufliche Schulen wurden gar nicht untersucht. 220 Mio. Euro wären mindestens nötig, um einen kleinen Schritt auf dem Weg in die inklusive Schule zu gehen, um z.B. Rampen und Fahrstühle in den 338 Schulen zu bauen. Klar ist aber auch: Kleine Schritte sind nicht zielführend. Um zu einer Barrierefreiheit zu gelangen, die ihren Namen verdient (inkl. Leitsysteme, Hinweise in Brailleschrift, kontrastreiche Farbgestaltung, Induktionsschleifen für Hörbehinderte, barrierefreie Außenanlagen, etc.) braucht es weitere finanzielle Mittel. Erschreckend ist, dass solche Baumaßnahmen sogar in den geplanten inklusiven Schwerpunktschulen nur „bei Bedarf“ eingebaut werden sollen.

Langfristig braucht es – wie in Hamburg – ein Landesbetrieb Schulbau, der als Eigentümer der Grundstücke und Gebäude aller staatlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen für die zentrale Neubauplanung, Instandhaltung und Sanierung zuständig ist. Mit solch einem Landesbetrieb wäre es möglich, regelmäßig und transparent einen mit den bezirklichen Schulentwicklungsplänen abgestimmten Bedarfs- und Umsetzungsplan für den Abbau des Sanierungsstaus zu erstellen, in dem regelmäßig aktualisiert dargestellt werden könnte, welche Schule welche Bedarfe an Sanierung, Erweiterung oder Neubau hat, wie Kosten sich pro Schule aufschlüsseln, wann mit den Planungen begonnen wurde oder wird und wann mit der Fertigstellung der jeweiligen Maßnahme zu rechnen ist. Der Senat hat bisher angekündigt, dass er solch ein Landesinstitut nicht befürworte. Die

bisherigen Verfahren des Berliner Facility Management-Systems hätte sich bewährt. Dass das nicht stimmen kann, zeigt sich allein dadurch, dass erst durch Anfragen von Abgeordneten ersichtlich wird, wo hoch der Sanierungsstau überhaupt ist. Ohne meine Anfrage hätte der Senat die Bezirke nicht einmal nach aktuellen Zahlen gefragt. Ohne unsere Anfrage würde es wahrscheinlich auch bis heute keine AG Stuserhebung geben.